



„Russland muss verlieren lernen“

Dr. Klaus Olshausen

November 2022

Zusammenfassung

Was die Aussage des lettischen Verteidigungsministers bedeutet, ist klar. Russland muss durch umfassende Unterstützung der Ukraine und weiterreichende Sanktionen die Unwahrscheinlichkeit eines Erfolgs seiner politischen Zwecke gegen die Ukraine und den liberalen Westen und vor allem der unermesslich steigende Preis drastisch vor Augen geführt werden, um seine Motive zum Frieden auf der Grundlage der Charta von Paris zu erhöhen und dann das Wirken Russlands in seinen eigenen anerkannten Grenzen zu gestalten.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden ¹internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Diese Feststellung des lettischen Verteidigungsministers Artis Pabriks im Interview mit der FAZ vom 20.10.22¹ steht in starkem Kontrast mit der fortgesetzten Bombardierung ukrainischer Städte und massiver russischer Unterdrückung in den annektierten Gebieten. Aber sie unterstreicht die klare Zielsetzung, die Ukraine in diesem Krieg solange zu unterstützen, „bis Russland seine Truppen aus der Ukraine zurückzieht“ und die Russen „bereit sind, den Krieg zu verlieren“.

Der Angriffskrieg Russlands tobt jetzt schon über acht Monate. Russland hat in den besetzten Gebieten dramatische Zerstörungen angerichtet. Aber auch im ganzen Land mit einem Raketen- und Drohnen-Regen hat Putin vor allem die kritische Infrastruktur und direkt zivile Häuser und Wohnviertel in großem Umfang dezimiert. Damit wird ein weiterer Teil seines Vernichtungskrieges gegen die Ukraine grausam wirksam. Zwar hat er Ende Februar keinen erfolgreichen Überraschungssieg mit der Einnahme Kiews und der Einrichtung einer Russland genehmen Regierung landen können. Seine letzten aggressiven Wortmeldungen unterstreichen aber, dass er die politischen Zwecke seiner Reconquista und seinen breit angelegten Krieg gegen den „liberalen Westen“ weiter vorantreiben will. Trotz der Mängel in der Exekution seiner Politik und der Schwächen der russischen Strukturen verfolgt er seine Zwecke gestützt auf eine politische und nachhaltig erwartete Zusammenarbeit mit der gerade diktatorisch weiter verfestigten Volksrepublik China.

Seine fragwürdigen Erfolgsaussichten stützt er auf seine Wahrnehmung der „liberalen Welt“, die er angreift. Er geht davon aus, dass diese Staaten nicht zusammenhalten gegen Russlands Aggression, wenn ihre eigenen, v.a. ökonomischen, finanziellen und sozialen Nachteile die Gesellschaften spalten und ihre Menschen gegen die eigene Regierung aufstehen. Er erwartet, dass er letztlich auf Zugeständnisse zählen kann, die seiner Reconquista Politik erneut einen (Teil-)Erfolg bescheren.

Dabei hat er schon vor Beginn der Aggression zwei „Geschenke“ westlicher Staaten für seine beschlossene Aggression erhalten. Zu einem Zeitpunkt im Januar 2022, als viele Politiker im Westen noch nicht dachten, dass Putin angreifen würde, haben die Staaten der NATO für den Fall des Angriffs schon mal erklärt, dass es sich dabei nicht um einen Fall kollektiver Verteidigung handele, da die Ukraine (Gott sei Dank oder leider) nicht Mitglied der Allianz sei. Außerdem haben alle zusätzlich politisch entschieden, dass sie die rechtlichen Möglichkeiten eines kollektiven Einsatzes eigener Truppen zur Verteidigung der Ukraine gem. Art 51 der VN-Charta nicht nutzen werden. Der damals angedrohte hohe Preis mit Sanktionen hat Putin eben nicht von der Exekution gegen die Ukraine abgehalten.

Was bedeutet und verlangt diese Lage vor dem Winter für die Führung im Kriege und die umfassende(re) westliche Unterstützung nach über acht Monaten der Aggression?

1. Keine weiteren „Geschenke“ an Putin, wenn „Putin nicht gewinnen darf“. Dazu gehört, die territoriale Integrität der Ukraine als Maximalposition zu bezeichnen, von der man zugunsten des Aggressors Abstriche machen müsse.
2. Schnellere Verstärkung der Luftabwehr um die kritische Infrastruktur und die Bevölkerungszentren, damit Raketen und Drohnen ihr Ziel so wenig erreichen, wie die Raketen der HAMAS in Israel;

¹ Lettlands Verteidigungsminister Pabriks: „Russland muss verlieren lernen“, in: Frankfurter Allgemeine, ZEITUNG FAZ.NET, 20.10.22, <https://zeitung.faz.net/faz/politik/2022-10-20/russland-muss-verlieren-lernen/817051.html>



3. Breite Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte, um das russische Militär letztlich hinter die Grenzen der Russischen Föderation zurückzudrängen;
4. ‚Geleitschutz‘ für die Handelsschiffe in den nationalen Gewässern der Anliegerstaaten und die klare Ansage an Russland, dass die Verweigerung des Transports oder gar Angriffe auf diese Schiffe einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, der drastische Gegenmaßnahmen, ggf. auch mit militärischen Mitteln zur Folge haben wird.
5. Umfassende Hilfen für die Ukraine in der Energie-, Elektrizitäts-, Wasser- und Gesundheitsversorgung, um jedem Versuch Putins, das Leben in der Ukraine zunichte zu machen, wirksam zu widerstehen.

Dieses Handeln dient dazu, um – mit den Worten von Präsident Steinmeier am 28. Oktober – einen „gerechten Frieden“ zu erreichen, „ein Friede, der die Unabhängigkeit und die Freiheit der Ukraine bewahrt“.

Nun gibt es gerade auch in Deutschland Politiker, Wissenschaftler, Intellektuelle, ja Bürger, die – um des kurz-sichtigen eigenen Interessens willen – einen solchen Frieden für nicht erreichbar halten oder in jedem Fall mit zu hohen Kosten, v.a. auch für das eigene Land, verbinden. Sie suchen deshalb den Weg zu Verhandlungen mit Russland und qualifizieren dabei die territoriale Integrität als eine Maximalposition, die nicht zur Grundlage der Verhandlung gemacht werden sollte. Es ist der Bundespräsident, der solche Vorstellungen als Weg zu einem „Scheinfrieden“ bezeichnet.

Außerdem haben diese Kreise noch nicht erkannt oder verdrängt, dass der Krieg Putins nicht nur der Ukraine gilt, sondern Putin erklärtermaßen einen Krieg gegen den gesamten „liberalen Westen“ führt. Daraus folgt, dass jeder „ungerechte Friede... den Keim neuer Gewalt in sich trägt“.

Andererseits hat Russland in der jüngeren Geschichte wenigstens zweimal die Rückverlegung bzw. den Abzug von Streitkräften aus anderen Ländern vollzogen, in denen Russen Macht ausübten. Einmal signalisierte der Abzug aus Afghanistan das Scheitern des Zieles, Afghanistan mit einer gefügigen Regierung in den eigenen Machtbereich einzufügen. Und wenig später vereinbarte die Sowjetunion auf der Grundlage des 2+4 Vertrags 1990 die friedliche Rückverlegung der Streitkräfte aus Deutschland und später auch aus der Tschechoslowakei – auch ein Eingeständnis, dass Räume eigenen Einflusses aufgegeben werden mussten.

Die Lage in und um die Ukraine ist natürlich ein anderes Feld, auf dem Putin neben Truppen und Raketen „historische Legionen“ einführt. Er wird deshalb von seinen politischen Zwecken nicht ohne weiteres abzubringen sein. Der politische Zweck der aufopferungsvollen Selbstverteidigung der Ukraine sind ihre Souveränität und territoriale Integrität. Dies wird von EU, NATO, ihren Mitgliedstaaten und Partnern unterstützt. Um diesen Zweck zu erreichen, sind von allen weitere gemeinsame Anstrengungen auf ökonomischem, finanziellem und militärischem Gebiet erforderlich. Diese müssen auf dem Schlachtfeld und durch die vielfältigen Sanktionen Russland nicht nur nachhaltig vor Augen führen, dass es ein Niederwerfen der Ukraine ganz oder teilweise nicht erreichen kann. Russland muss die Unwahrscheinlichkeit des Erfolgs und noch mehr der zu große Preis des Erfolgs durch das kohärente Handeln der Ukraine mit seinen Unterstützern überzeugend vor Augen geführt werden. Darin liegt letztlich das Motiv Russlands zum Frieden und zwar unter den Bedingungen der Charta von Paris und nicht mit der Verstümmelung eines anderen Staates. Nach der Sowjetunion muss nun die Russische Föderation schmerzlich erfahren, dass ein Angriffskrieg mit einem ungünstigen Ergebnis endet und die Russische Föderation ihre Zukunft aus dem Wirken in ihren eigenen anerkannten Grenzen gestalten muss und nicht durch Übergriffe auf andere Staaten.



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien in geringfügig kürzerer Fassung erstmalig in: Behörden Spiegel newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 379, 7. November 2022.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

